

Eislinger Schulstreit: Ist die Entscheidung für die Schillerschule nicht rechtskräftig?

Alle zurück auf Start - neue Schulstruktursitzung

Weil die Rechtskräftigkeit der Beschlüsse des Gemeinderates während der Sondersitzung zwischen Weihnachten und Neujahr vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Peter Ritz angezweifelt wird, findet am kommenden Montag, 30. Januar, um 17 Uhr in der Eislinger Feuerwache eine erneute Sitzung zum Thema Schulentwicklung statt. Dabei wird es auch eine erneute Abstimmung darüber geben, für welche Werkrealschule der Antrag beim Kultusministerium auf Wandlung in eine Gemeinschaftsschule weiterverfolgt werden soll.

„Wir wollen Klarheit und Rechtmäßigkeit in der Beschlusslage des Gemeinderats“, erklärt Eisingens Oberbürgermeister Klaus Heininger. Die Einladung zur Gemeinderatssitzung am 30. Dezember 2013 musste aus seiner Sicht nicht öffentlich erfolgen, weil die Frist für eine rechtmäßige Veröffentlichung einer öffentlichen Sitzung nicht mehr eingehalten werden konnte. Da aber das Schulthema bereits in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, hat die Stadt auf Anregung der Fraktionsvorsitzenden die Vertreter der Presse hierzu eingeladen. Stadt und Gemeinderat wollten damit die nötige Transparenz bei diesem Thema gewährleisten. „Alle Fraktionsvorsitzenden, auch Peter Ritz, haben dieser Vorgehensweise zugestimmt“, erklärte Heininger gestern. Ritz erklärte zu Beginn der Woche, dass über Sachthemen im Gemeinderat öffentlich getagelt werden müsse und deshalb die Entscheidung vom 30. Dezember aus seiner Sicht nicht rechtskräftig ist.

Die Argumente werden erneut vorgebracht

Nun lädt der Oberbürgermeister erneut zu einer öffentlichen Sondersitzung am Montag, 30. Januar, in den Sitzungssaal der Feuerwache ein. Dort soll nochmals das Schulthema ausführlich erörtert werden. „Wir nützen diesen erneuten Beratungstermin dazu, auch mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in die Schulentscheidung hineinzubringen. Wir werden in dieser Sitzung erneut alle Argumente, die für die einzelnen Schulen sprechen, erörtern“, so Heininger. Den Rektoren soll wiederholt Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Das Staatliche Schulamt wird ebenfalls zu dieser Sitzung eingeladen. Im Vorfeld werden auch die Visitationsberichte des Staatlichen Schulamtes den Stadträten zur Verfügung gestellt. Damit soll die Gelegenheit genutzt werden, die Argumente, die weniger in der damaligen Gemeinderatssitzung vorgetragen, aber offensichtlich in den Fraktionssitzungen

ausgetauscht wurden, nun auch öffentlich zu diskutieren. Unabhängig wie die Entscheidung am 30. Januar 2014 ausgehen werde, müsse die Stadt als Schulträgerin die Gesamtverantwortung der Schulentwicklung in Eisingen im Blick haben. „Nach wie vor möchten wir keine Gewinner- und Verlierersituation sondern ein Miteinander in der Schulpolitik wie dies bisher selbstverständlich war“, unterstreicht Oberbürgermeister Klaus Heininger.

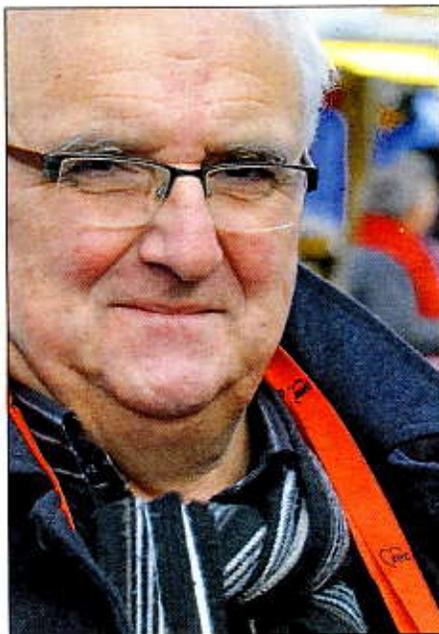
Ritz wehrt sich gegen Darstellung der Stadt

Einen anderen Blick auf die Vorgänge im vergangenen Dezember hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz, der sich ebenfalls mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit wendete. „Die Pressemitteilung der Stadt vermittelt einen falschen Eindruck von den Vorgängen in den letzten Dezembertagen und Anfang Januar“, erklärt er. Die Gemeinderatssitzung mit Einladung der Presse sei laut Gemeindeordnung „schlicht rechtswidrig“ gewesen. Falsch seien auch die Aussagen der Stadt Eisingen zu der Einladung zu der Gemeinderatssitzung am 30. Dezember 2013. Grüne und SPD hätten in der Ältestenratsitzung am Freitag 7. Dezember eine öffentliche Sitzung vorgeschlagen. FWV, CDU und OB Heininger wollten eine nicht öffentliche Sitzung, die sie dann auch mit Mehrheit durchgesetzt hätten. „Es war keine Rede von Einladung der Presse“, so Ritz. Am Montagmorgen, dem Tag der Gemeinderatssitzung, um 9 Uhr habe OB Heininger Ritz angerufen und erklärt, dass er die Presse eingeladen hatte. „Dagegen hatte ich kei-

ne Bedenken, weil ich auch befürchtete, dass bei einem Einspruch der Eindruck der Verschleierung in der Presse entstanden wäre“, erinnert sich der SPD-Fraktionsvorsitzende. Während der Aufarbeitung der Ereignisse kam die SPD jedoch darauf, dass die Gemeinderatssitzung mit Vertretern der EZ, der NWZ und der StZ nicht rechtmäßig und damit auch das Abstimmungsergebnis rechtswidrig gewesen sei. Zu einer nicht-öffentlichen Sitzung des Gemeinderates hätten keine Pressevertreter eingeladen werden dürfen. „Wir gehen davon aus, dass das Regierungspräsidium dies so festgestellt hat“, erklärt Ritz. Eisingen habe deshalb derzeit keinen Beschluss, welche Schule Gemeinschaftsschule werden soll. „Deshalb muss jetzt eine Gemeinderatssitzung einberufen werden und das ist gut so. Denn damit kann in aller Ruhe und Gelassenheit die Stellungnahme des Staatlichen Schulamts angehört werden, die Visitationsberichte bekanntgegeben werden und die genauen Zahlen der beiden Werkrealschulen in der Prognose diskutiert werden“, findet Ritz. Auch die künftigen Chancen der dann in der Abstimmung später unterlegenen Werkrealschule, Schiller oder Silcher, könnten dann im Gemeinderat beraten werden. Diese Sitzung sei eine Gelegenheit, das nachzuholen, was nach dem Gespräch von OB Heininger und BM Fitterling mit dem Staatlichen Schulamt Mitte November hätte stattfinden sollen. „Eine sachliche öffentliche Diskussion der Vor- und Nachteile für die beiden Werkrealschulen in Eisingen. Damals war klar geworden, dass es mit 66 Schülern nur eine Gemeinschaftsschule in Eisingen geben wird“, meint Stadtrat Ritz.

Faktenlage der Schulen hat sich nicht verändert

Ob die Entscheidung des Gemeinderates anders ausfällt als Ende vergangenen Jahres ist also völlig offen. Allerdings betonen mehrere Stadträte, dass sich an den Fakten nichts geändert habe. Die Argumente, die für die Schillerschule sprachen, gelten nach wie vor. Vor allem die Nähe zum Gymnasium und zur Nachbargemeinde Salach sowie die etwas stabilere Schülerzahlen im Vergleich zur Silcherschule waren für viele Stadträte während der Sitzung am 30. Dezember ausschlaggebende Argumente. Dass Eisingen am Ende ganz ohne Gemeinschaftsschule dasteht, glaubt Oberbürgermeister Heininger nach Rücksprache mit dem Kultusministerium nicht. Derzeit liegt der Antrag der Schillerschule vor. Und solange die Stuttgarter Beamten nichts anderes aus Eisingen hören, bleibt es auch dabei. **bra**



Peter Ritz

Foto: bra